

50 Wohnungsunternehmen durch Leerstand vor dem Aus

Rettung bringt nur Abriss – Bauminister fordert weitere Mittel für Altschuldenhilfe

Potsdam – Der Wohnungsleerstand in Brandenburg gefährdet die Existenz von fast 50 Unternehmen. Damit ist nach einem Bericht der Landesregierung rund ein Viertel der über 220 märkischen Wohnungsunternehmen bedroht. Vor allem in berlinfernen Regionen steige die Insolvenzgefahr weiter an. Wenn 15 Prozent des Wohnungsbestandes eines Unternehmens leer stünden, gerate der jeweilige Betrieb in eine finanzielle Schieflage. Die Regierung strebt an, den für die Konsolidierung der Wohnungsmärkte notwendigen Abriss zu beschleunigen und sinnvolle Fusionen von Betrieben zu forcieren.

Um Insolvenzen zu vermeiden, dringt Brandenburg inzwischen auf die

Freigabe weiterer Mittel für die Altschuldenhilfe durch den Bund. Bauminister Frank Szymanski (SPD) bezeichnete die Lage der märkischen Wohnungswirtschaft als „schwierig“. Diese werde durch Leerstände „erheblich“ belastet. Altschuldenhilfe sei deshalb „unverzichtbar“. 220 Millionen Euro fehlten ostdeutschen Wohnungsunternehmen noch, sagte der Minister. Diese Lücke müsse 2005 und 2006 geschlossen werden.

In Brandenburg sind nach Angaben des Ressortchefs bisher 70 Millionen Euro Altschuldenhilfe für Wohnungsunternehmen gesichert. Weitere Gelder seien aber notwendig, um die Unternehmen beim Abriss leer stehender Wohnungen zu unterstützen.

Von den heute schon in Brandenburg leer stehenden 165 000 Wohnungen (laut Zählung 2002) befinden sich dem Bericht zufolge 59 000 (35 Prozent) in den 22 so genannten Stadtumbaustädten. Das sind Kommunen, die sich auf einen radikalen Bevölkerungsschwund einstellen müssen. 66 000 leere Wohnungen gibt es in sonstigen Städten und 40 000 in Orten bis zu 5000 Einwohnern. Gut ein Drittel der leerstehenden Wohnungen befinden sich in Plattenbauten, die meisten anderen in unsanierten Altbauten.

Vor diesem Hintergrund müssten Maßnahmen gefunden werden, um die Wanderungsbewegungen von den Kleinstädten ins Umland einzudämmen, heißt es in dem Report weiter.

Szymanski verwies auf eine Entscheidung des Haushaltsausschuss des Bundestages. Zusätzlich zu den bereits bewilligten 658 Millionen Euro stünden jetzt noch einmal rund 270 Millionen Euro für die Altschuldenentlastung bei Abrissen zur Verfügung. Insgesamt seien in Brandenburg bislang 10 000 Wohnungen abgerissen worden, Ende 2004 sollten es 15 000 sein, unterstrich er. Brandenburg fördert Abriss derzeit mit 60 Euro pro Quadratmeter.

Auch Wolfgang Schönfelder vom Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen sieht keine Alternativen zum Abriss. „Auf dem Markt“, sagt er, „sind zu viele Wohnungen. Diese Überkapazitäten müssen erst mal weg.“ *ddp/ikr*